

## **Sozialpolitiker der AfD-Fraktionen beschließen in Berlin Resolutionen zur Arbeits- und Sozialpolitik**

Am 3.12.2022 fand in Berlin die interfraktionelle Tagung der AfD-Fachpolitiker für Arbeit und Soziales statt. Der Arbeitskreis Arbeit und Soziales im deutschen Bundestag hatte die AfD-Sozialpolitiker sämtlicher Landtagsfraktionen zu einem Fachgespräch eingeladen. Die Sozialpolitiker verständigten sich außerdem auf die nachstehenden Resolutionen zu den Themen „Aktivierende Grundsicherung“, „Zukunftsfähiger Arbeitsmarkt und Sozialstaat“ und „Pflegenotstand“.

### **Resolution zur Aktivierenden Grundsicherung**

Deutschland ist ein sozialer Bundesstaat (Art 20 GG). Sozialstaatsprinzip und Solidarität innerhalb des Nationalstaats gewährleisten, dass Menschen in Not geholfen wird. Solidarität ist aber keine Einbahnstraße und Unterstützung kann grundsätzlich nur unter Bedingungen gewährt werden. Andernfalls ist ein Sozialstaat weder moralisch noch wirtschaftlich zu rechtfertigen, da jede Transferleistung vor ihrer Verteilung durch die arbeitende Bevölkerung erwirtschaftet werden muss. Daraus folgt: Wer Hilfe benötigt, dem stellt der Staat Unterstützungsleistungen zur Verfügung, um wieder auf die Beine zu kommen. Langfristiger Transferbezug muss die Ausnahme bleiben. Wer arbeiten kann, soll auch arbeiten. Wer erhebliches Vermögen hat, muss es einsetzen. Wer als Ausländer in seinem Heimatland arbeiten kann, von dem ist zu erwarten, dass er in dieses zurückkehrt.

Statt des kürzlich beschlossenen „Bürgergelds“ braucht es eine „Aktivierende Grundsicherung“, die diese Leitlinien umsetzt. Eine „Aktivierende Grundsicherung“ hilft den Bürgern bei der Eingliederung in den regulären Arbeitsmarkt und der Sicherung des Existenzminimums. Sie aktiviert zur Ausübung einer regulären Erwerbsarbeit, indem die Vermittlung gestärkt, Qualifikationsmöglichkeiten eröffnet und eine neue Systematik der Vermögens- und Einkommensanrechnung geschaffen werden. Zugleich wird der Bezug von Grundsicherung mit einer Beteiligung an der „Bürgerarbeit“ verbunden, soweit nicht bereits eine Erwerbstätigkeit ausgeübt wird.

Wer arbeiten kann, soll auch arbeiten: Daher bleibt der Vermittlungsvorrang erhalten. Arbeiten muss Vorrang vor dem Sozialleistungsbezug haben! Dafür sollen erwerbstätige Bürgergeldbezieher mehr von ihrem Einkommen behalten dürfen. In den Jobcentern werden „Sofortjob-Anlaufstellen“ mit Angeboten für den sofortigen (Wieder-)Einstieg eingerichtet.

Diese Leistungen werden an die Arbeitsbereitschaft und das Bemühen der Leistungsbezieher um eine Arbeit geknüpft. Dabei gilt für Erwerbsfähige nach sechs Monaten Grundsicherungsbezug eine Verpflichtung zur „Bürgerarbeit“ in Höhe von mindestens 15 Wochenstunden. Bei der „Bürgerarbeit“ handelt es sich um gemeinnützige und karitative Beschäftigungsprogramme auf kommunaler Ebene mit mindestens 15 Wochenstunden. Bei einer unberechtigten Verweigerung der „Bürgerarbeit“ erfolgen gestaffelte Sanktionen bis zur Beschränkung auf Sachleistungen.

Nur im Ausnahmefall soll die „Aktivierende Grundsicherung“ an Ausländer gezahlt werden. Diese können ihre Bedürftigkeit durch Rückkehr in ihr Heimatland beheben. Für EU-Ausländer gelten hier eine Mindestarbeitsdauer von einem Jahr sowie Mindestsprachkenntnisse, für Nicht-EU-Ausländer zudem das Erfordernis einer Niederlassungserlaubnis. Die Leistungsdauer ist auf 12 Monate am Stück und 5 Jahre im gesamten Berufsleben begrenzt.

Insgesamt stärkt die „Aktivierende Grundsicherung“ den Solidaritätsgedanken und den sozialen Zusammenhalt der Bürger. Sie schafft ein vorübergehendes Sicherheitsnetz für unsere Bürger, breitet aber keine soziale Hängematte aus.

## Resolution zur Zukunft von Arbeitsmarkt und Sozialstaat

Die liberale Einwanderungs- und Arbeitsmarktpolitik der letzten Jahrzehnte ist spektakulär gescheitert. Trotz Massenmigration nach Deutschland (im Zeitraum 2014 bis 2022 stieg die Zahl der Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit um über 4 Millionen) gab es im zweiten Quartal 2022 bundesweit 1,93 Millionen offene Stellen, davon fast 1,5 Millionen sofort zu besetzen. Migration ist also ganz offensichtlich nicht das Mittel, um dem Arbeitskräftemangel in Deutschland zu begegnen, zumal die Migration Unqualifizierter wesentlich zum Arbeitskräftemangel beiträgt, da sie immer mehr Lehrer, Sozialarbeiter, usw. erforderlich macht.

Vor dem Hintergrund einer schrumpfenden autochthonen Bevölkerung bietet die Automation bzw. Substitution von Arbeitskräften durch Roboter die Möglichkeit, Arbeitskräftelücken zu schließen, ohne auf Migration angewiesen zu sein, die zu guten Teilen eine Einwanderung in den Sozialstaat ist. So können durch Technisierung Produktionsprozesse produktiver gestaltet und zukünftige Engpässe am Arbeitsmarkt vermieden werden. Außerdem können Arbeitskräfte durch technische Hilfsmittel dazu in die Lage versetzt werden, komplexe Arbeitsaufgaben zu bewältigen, zu denen sie ansonsten nicht befähigt wären.

Vorbild in dieser Hinsicht könnte Japan sein, das seit vielen Jahren zeigt, dass moderner Arbeitsmarkt und Sozialstaat auch ohne nennenswerte Zuwanderung möglich sind. Japan hat sich entschieden, Migration nur in Ausnahmefällen zuzulassen. Kann in bestimmten Bereichen eine Position nicht mit inländischen Bewerbern besetzt werden, ist ausnahmsweise die zeitlich befristete Einwanderung ohne Familiennachzug möglich. Absoluten Spitzenkräften wird ein längerfristiger Zuzug mit Familie gestattet. Vor allem versucht Japan aber, Arbeitskräftelücken nicht durch Migration, sondern durch Technisierung zu schließen. Japanische Unternehmen sind daher weltweit führend bei Roboterproduktion und Automatisierung.

Die sozialpolitischen Sprecher der AfD-Fraktionen fordern deshalb einen Paradigmenwechsel in der deutschen Arbeitsmarkt- und Einwanderungspolitik: Wir wollen verstärkte Technisierung von Dienstleistungen, Handwerk und Industrie statt weiterer Massenzuwanderung. Die Technisierung kann und soll auch dazu dienen, die aufgrund der desaströsen Familienpolitik vergangener Jahrzehnte entstandene demographische Lücke auszugleichen.

Die Technisierung soll nicht nur in industriellen Großunternehmen erfolgen, sondern gerade auch in den KMUs, die das Rückgrat der deutschen Wirtschaft bilden. Hier hat Deutschland großen Nachholbedarf. Gezielte Forschungs- und Wirtschaftsförderung sollen die Technisierung vorantreiben. Parallel dazu müssen Begabte im MINT-Bereich gefördert werden, damit Deutschland endlich wieder ein Ort der technischen Wunder wird statt Weltmeister bei der Anzahl der Gender-Lehrstühle. Programme zur Verhinderung der Auswanderung Gutqualifizierter sowie eine Rückholstrategie qualifizierter Auswanderer runden die Strategie ab.

## Resolution zur Bekämpfung des Pflegenotstands in Deutschland

In Deutschland gibt es 1,7 Millionen Pflegekräfte. Davon entfallen etwa 1,1 Millionen auf den Bereich der Krankenpflege und 600.000 auf den Bereich der Altenpflege. Diese kümmern sich um bundesweit knapp 5 Millionen Pflegebedürftige. Bereits heute fehlen etwa 200.000 Pflegekräfte. Bis zum Jahr 2030 wird die Zahl der Pflegebedürftigen voraussichtlich auf über 6 Millionen steigen. Auch die Anzahl fehlender Pflegekräfte soll bis 2030 auf 500.000 ansteigen. Das heißt: Immer mehr Pflegebedürftigen stehen immer weniger Pflegekräfte gegenüber - eine bereits jetzt dramatische Schieflage, die kaum noch zu reparieren ist, wenn der Staat nicht sofort reagiert.

Das durchschnittliche Bruttogehalt einer ausgebildeten Vollzeitpflegekraft in deutschen Pflegeheimen liegt bei aktuell ca. 2950 Euro pro Monat. Aufgrund des hohen Personalmangels und einer damit im Vergleich zu anderen Berufen ausgesprochen hohen psychischen und physischen Belastung, sowie der im Vergleich zu anderen Berufszweigen, auch im Gesundheitsbereich schlechten Bezahlung der Pflegekräfte, gibt es in dieser Branche eine Berufsflucht nach durchschnittlich 8-13 Jahren Berufstätigkeit. Die hohe Inflation wirkt hierbei zusätzlich als Katalysator, der die Situation und die damit verbundenen Probleme für die Pflegenden von morgen verschlimmert. Daher müssen umgehend Maßnahmen ergriffen werden, um dieser dramatischen Entwicklung unverzüglich entgegenzuwirken. Pflege betrifft uns alle. Der Pflegeberuf muss endlich attraktiv werden, um auch künftig eine menschenwürdige Versorgung der Betroffenen gewährleisten zu können.

Die sozialpolitischen Sprecher der AfD-Fraktionen fordern deshalb für alle Pflegekräfte einen dauerhaften zusätzlichen Pflegebonus von 300 Euro pro Monat. Dieser wird aus Steuermitteln finanziert.

Eine deutliche Erhöhung der Löhne wird die Attraktivität der Pflegeberufe deutlich steigern. Ein attraktives Berufsbild soll den Grundstein dafür legen, den Personalmangel unverzüglich zu bekämpfen. Jeder Mensch, der sich für einen Pflegeberuf entscheidet, trägt maßgeblich zur Entlastung dieser zunehmend prekären Situation für die zu Pflegenden und die Pflegenden bei.

Die Umsetzung eines solchen Vorhabens kostet jährlich bis zu 6 Milliarden Euro. Das klingt zunächst viel, kann aber durch konkrete Einsparungen an anderen Stellen gegenfinanziert werden. Dieser Staat gibt viel zu viel Geld für sinnlose Projekte aus, das dort fehlt, wo staatliche Kernaufgaben wahrzunehmen sind. Die Pflege ist bereits jetzt und in Zukunft noch viel mehr staatliche Kernaufgabe, denn die Pflege ist der Teil der Daseinsfürsorge, derer die Bürger zur Sicherung einer menschenwürdigen Existenz in immer größerem Umfang bedürfen (BVerfGE 66, 248, 258; Art. 1, 28 Abs 2 GG.) Ein Sozialstaat wie die Bundesrepublik Deutschland muss seiner Verantwortung gerecht werden und hierfür endlich die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen. Mit dieser Forderung werden die Pflegekassen nicht zusätzlich belastet.